

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsort: Dresden
Verleger: Carl Neubauer
Redaktion: Dresden, Poststr. 10
Telefon: 1011
Schlüsselnummer: 1011
Erscheinungsort: Dresden
Verlag: C. Neubauer

Bezugspreise: Einzelheft 1.00 M., 6 Hefte 5.00 M., 12 Hefte 10.00 M.
Abonnementpreise: Vierteljährlich 12.00 M., halbjährlich 22.00 M., jährlich 40.00 M.
Anzeigenpreise: 1. Spalte 10 M., 2. Spalte 8 M., 3. Spalte 6 M. pro Zeile pro Tag.

Druck u. Verlag: Neudruck & Verlagsanstalt
Dresden, Poststr. 10, 1068 Dresden
Nachdruck nur mit schriftl. Genehmigung
(Dresden, Nachdr.) zulässig, Unterdrückung
Schriftliche werden nicht anbezahlt

Mussolinis Bruder verlangt Revision

„Solidarität - das oberste Lebensgesetz“

Freie Bahn der privaten Initiative!

Berlin, 30. Dez. (Eigene Drahtmeldung.) Der Bruder des italienischen Ministerpräsidenten, Arnaldo Mussolini, veröffentlicht im „Popolo d'Italia“ eine Jahresbetrachtung mit der Überschrift „Gerechtigkeit für die Völker“, in der er u. a. erklärt, daß nur eine Revision der Friedensverträge das politische und wirtschaftliche Gleichgewicht wieder herstellen und die Völker auf die Dauer versöhnen könne. „Es gibt Grenzen“, schreibt Arnaldo Mussolini, „die nicht Volksgrenzen sind. Sie scheinen mit Stacheln besetzt zu sein.“

Der Minister hat inzwischen die Rückreise angetreten. Auf die erneuten Verdröhnungsversuche der polnischen Presse im Zusammenhang mit dem Ministerbesuch näher einzugehen, erübrigt sich. Das vorliegende authentische Material über die Vorgänge in Ostoberschlesien ist so erdrückend, daß alle Versuche, nachträglich die Tatbestände umzufälschen, zwecklos sein müssen.

In diesen Tagen beenden wir ein Jahrzehnt wirtschaftlicher Entwicklung unseres Vaterlandes, von dem wir lange Zeit gehofft hatten, es könnte mit ihm der Wiederaufbau endgültig abgeschlossen werden. Leider hat sich erwiesen, daß die Maschine des Wirtschaftslebens, die seit der Umwälzung immer mühseliger und unvollkommener arbeitete, nunmehr einem Mechanismus gleicht, bei dem die Räder nicht mehr richtig ineinandergreifen und dessen Ressel durch Ueberhitzung unter so starkem Drucke steht, daß eine Explosion zu befürchten ist. Diese schweren Abnutzungsercheinungen haben sich erst in den letzten beiden Jahren in ihrer ganzen Stärke ausgewirkt. Zunächst schlen es, nachdem die Inflation überwunden worden war, als ob tatsächlich eine Gesundung eintreten würde. Der reiche Zustrom von Auslandsgeldern während der Schonzeit des Damesplanes kurbelte die Wirtschaftsmaschine an. Erzeugung und Umsatz stiegen gleichmäßig. Im Jahre 1927 befanden wir uns im Zeichen einer ausgezeichneten Konjunktur. Aber schon im Jahre 1928 setzte es sich, daß es sich hier um eine Scheinblüte handelte. Mit den Auslandsankäufen stiegen die Zinsverpflichtungen und blieben schließlich zusammen mit den Amortisationssummen nach dem Verlegen des Stromes der Auslandsgelder allein übrig. Zu dieser Last gesellten sich die stetig wachsenden Tribute. Mit den Zins- und Tributverpflichtungen trans-ferierte Deutschland ferner zugleich seine wirtschaftlichen Schwierigkeiten auf das Ausland. So begann im Jahre 1929 die Krise der internationalen Absatzmärkte. Gleichzeitig verschärfte sich die deutsche Krise im Laufe des Jahres 1930 und wird gegenwärtig durch eine Arbeitslosigkeit von fast vier Millionen gekennzeichnet. Man hat die verschiedenartigsten Erklärungen für die schwere Depression herangezogen. Die Reichsregierung legt den Nachdruck auf die Krise der Weltwirtschaft, die die Folge eines unumgänglichen Strukturwandels des ganzen Gefüges des aus der Vorkriegszeit übernommenen Produktions- und Absatzsystems sei. Aber diese Erklärung berücksichtigt nur eine Komponente. Sie vergißt, daß die deutsche Krise, wie sich aus ihrer ganzen Entstehung ergibt, zwar unter den Störungen des Weltmarktes leidet, aber im übrigen ein recht eigenwilliges Leben bewiesen hat. Ihre schlimmsten Ursachen sind zweifellos die Tributabgaben, die jährlich ein volles Drittel der schon lange unzulänglichen Kapitalbildung wegnehmen.

Es gibt Völker, deren Arbeits- und Aufstiegs-wille erkühd wird durch die furchtbare Ansicht, daß ganze Generationen zu arbeiten haben, um die Kriegsschuld zu begleichen.

Am den Vorsitz im Völkerrundrat

Genf, 30. Dez. Nunmehr beschäftigt sich auch das „Journal de Genève“ mit dem Vorsitz im Völkerrundrat. Nach einer Berliner Meldung des Blattes hat Reichsaussenminister Dr. Curtius bereits auf den Völkerrundrat zutretenden Vorsitz auf der Januartagung des Völkerrundrats verzichtet und den englischen Außenminister Henderson erucht, an seiner Stelle im Januar den Vorsitz im Völkerrundrat zu übernehmen. Dieser Beschluß der deutschen Regierung ist nach Meinung des Blattes darauf zurückzuführen, daß es nach deutscher Auffassung für Deutschland unmöglich sei, gleichzeitig Richter und Partei in einer Sache vor dem Völkerrundrat zu sein.

In dieser Atmosphäre müssen die besten Absichten in nichts zergehen. Der Kommunismus hat in solchen Völkern leichtes Spiel mit seiner Propaganda. Die heutigen Schwierigkeiten seien nur zu überwinden, wenn sie auf allen Gebieten bekämpft würden. Die Revision der Friedensverträge bedeutet eine Revision der Werte. Fern von der trüben Atmosphäre des Jahres 1919 könne jetzt die durch die Schicksalsfälle und Erfahrungen gewigte Menschheit erkennen, daß die Solidarität das oberste Lebensgesetz unter den Völkern bilde.

Eine amtliche Bestätigung des Berichtes der deutschen Präsidentschaft auf der kommenden Ratstagung liegt im Völkerrundratssekretariat nicht vor, jedoch muß in jedem Falle der Darstellung des „Journal de Genève“ auf das entschiedene entgegengetreten werden. Nach den Bestimmungen des Völkerrundratspaktes handelt es sich bei der Behandlung der deutschen Beschwerden gegen Polen vor dem Völkerrundrat keineswegs um ein Verfahren zwischen Deutschland und Polen, sondern lediglich um ein Klageverfahren gegen Polen vor dem Völkerrundrat als solchem. Die deutschen Beschwerden stellen sachungsgemäß, nachdem sie auf die Tagesordnung des Völkerrundrates gesetzt sind, nicht mehr eine deutsche Angelegenheit dar, sondern sind zu einer Sache des gesamten Völkerrundrates geworden, vor dem sich Polen nunmehr zu verantworten hat.

Der polnische Innenminister „untertucht“

Kattowitz, 30. Dez. Zu dem Besuch des polnischen Innenministers in Ostoberschlesien meldet die Regierungspresse, es sei Gladkowski gelungen, die „falschen deutschen Alarmnachrichten“ über die polnischen Gewalttaten während der Wahlen zu „demaßieren“. Obwohl sich der Minister nur wenige Stunden in den Kreisen Pleß und Rybnik aufgehalten hat, will er die Unrichtigkeit der deutschen Anschuldigungen festgestellt haben. Ein polnischer Polizeibeamter, den man angeblich im Oktober verprügelt hat, erhielt vom Minister ein Weihnachtsgeld von 500 Loten, während die in Wirklichkeit geschädigten Deutschen natürlich leer ausgingen. In Höhe von 100 Loten soll der Minister festgesetzt haben, daß nur ein einziger Deutscher, der dazu noch bezahlter Agent sei und die dortige Bevölkerung aufregt habe, verprügelt worden sei. Die übrigen Geschädigten seien keine Deutschen (?), da sie mit dem Minister polnisch gesprochen hätten. Der Deutsche Volksbund habe kein Recht, ihre Interessen zu vertreten.

Durch einen Verzicht auf die deutsche Präsidentschaft darf unter keinen Umständen der Eindruck entstehen, als ob Deutschland sich in dem Klageverfahren neben Polen als Partei ansieht.

Dr. Heldt fordert Ausgestaltung des Reichsrats

Neujahrskundgebung an das bayerische Volk

München, 30. Dez. Zum Jahreswechsel wendet sich der bayerische Ministerpräsident Dr. Heldt mit einer bedeutsamen Kundgebung an das bayerische Volk. Er weist auf die Bestrebungen des politischen Umsturzes in großen Teilen der Welt und auf seinen Wegbereiter, den geistigen Umsturz, hin, der den Kampf auf der ganzen Linie bereits aufgenommen habe und selbst vor dem Heiligsten nicht zurückzubreche. Die bayerische Regierung werde alle Kraft daran setzen, die Not zu lindern.

deutschösterreichischen Abkommens über den kleinen Grenzverkehr und des deutsch-österreichischen Vertrages über die Reichshilfe in Postfragen. Er erklärte dabei, es sei sehr bedauerlich, daß nunmehr endlich die handelspolitischen Verhältnisse zwischen den beiden Staaten umfassender als früher geregelt würden. Es sei doch so, wie es schon zwei Kanzler formuliert hätten:

Über zwei Millionen Boltzeiger an Thüringen überwiesen

Berlin, 30. Dez. Das Reich hat dem Lande Thüringen an Boltzeigeln bis einschließlich Januar 2 123 000 Mark überwiesen. In dieser Summe sind die Zinsen noch nicht einbezogen, jedoch besteht Einigkeit darüber, daß diese gezahlt werden. Die Summe der Zinsen soll nach mündlicher Rücksprache in Berlin errechnet werden.

Zur Verhütung noch größeren Elends sei sie auch entschlossen, jeden Umsturzversuch im Reime zu ersticken, gleichviel von welcher Seite er unternommen werden sollte.

Schöner und besser wäre es allerdings, wenn der Weg zu einem Ausbau der handelspolitischen Beziehungen gegangen würde, wie er zwischen Staaten am Platze sei, die von einem Volke bewohnt werden, die durch eine tausendjährige Geschichte, durch das auf vielen Schlachtfeldern vergossene Blut, durch das in der Nachkriegszeit erlittene Unrecht und die gemeinsamen Leiden verbunden seien.

Dr. Heldt weist auf den verhängnisvollen Irrtum jener Kreise hin, die als Schwächepunkt im Verfassungsbaue des Reiches die bundesstaatliche Gewaltenteilung erblicken wollen. Die Mängel des Verfassungslebens beruhen nicht in der Gewaltenteilung zwischen Reich und Ländern, sondern vielmehr darin, daß die Reichsgewalt als solche einer hinreichend starken Grundlage entbehre. Sie ruhe allein einseitig auf dem Reichsparlament, das als getreues Spiegelbild der parteimächtigen Herrschaft des deutschen Volkes für sich allein kein festes Fundament für eine starke Reichsgewalt bilden könne. Hier sei der schwache Punkt im Reichsbau zu suchen, und hier gelte es, Hand anzulegen.

Bundesrat Oemala erstattete sodann Bericht über den Beschluß des Nationalrates auf Genehmigung des deutsch-österreichischen Vertrages über Sozialversicherung. Der Bundesrat beschloß, gegen alle diese Beschlüsse des Nationalrates keinen Einspruch zu erheben, so daß sie genehmigt sind.

Dr. Heldt fordert als Traappfeiler für die Bildung einer starken Reichsgewalt die Erhebung des Reichsrates zur gleichberechtigten zweiten gesetzgebenden Kammer nach dem Vorbild des Bundesrates.

Breussische Beamte und Nationalsozialismus

Berlin, 30. Dez. In einer kleinen Anfrage mehrerer nationalsozialistischer Landtagsabgeordneter wurde ausgeführt, der Berliner Polizeipräsident Graesslke habe öffentlich in einer sozialdemokratischen Versammlung festgestellt, daß die Behauptungen, die NSDAP wolle den gewaltsamen Umsturz, ungerechtfertigt sind. Auf diese Behauptung gründet sich aber, wie die Anfragenden weiter sagten, der Ministerialbeschuß, der den Beamten die Zugehörigkeit zur Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei verbiete. Das Staatsministerium wurde gefragt, ob es bereit sei, diesen Beschluß aufzuheben. Wie der amtliche preussische Pressedienst mitteilt, beantwortete der preussische Ministerpräsident die Anfrage mit einem „Nein“.

Gewährleistung einer größeren Stetigkeit der Regierung und Ausbau der verfassungsrechtlichen Machtvollkommenheiten des Reichspräsidenten. Die Verfassung dürfe nur in den allernotwendigsten Fällen geändert werden. Es sei Bayerns Aufgabe, im kommenden Jahr und in Zukunft den Zerstörungsversuchen schärfsten Widerstand zu leisten.

Der Bundesrat in Wien genehmigt Verträge mit Deutschland

Wien, 30. Dez. Am Dienstag erstattete Bundesrat Dr. Dugelman in österreichischen Bundesrat Bericht über die Beschlüsse des Nationalrates auf Genehmigung des Handelsvertrages zwischen Oesterreich und dem Deutschen Reich, des

Wien, 30. Dez. Am Dienstag erstattete Bundesrat Dr. Dugelman in österreichischen Bundesrat Bericht über die Beschlüsse des Nationalrates auf Genehmigung des Handelsvertrages zwischen Oesterreich und dem Deutschen Reich, des

Vertical text on the left margin containing various numbers and small text fragments.